



Verschmitzt und kämpferisch: Luise Bürgler (78) und Elsy Föhn (89) wollen sich ihre Post nicht wegrationalisieren lassen. Foto: Nicolas Zonvi.

Elsy Föhn (89) und Luise Bürgler (78) kämpfen für ihre Post:

„Der Bundesrat muss endlich handeln!“

Zwei Seniorinnen gehen in Muotathal gegen die Poststellenschliessung auf die Barrikaden: Im Nu haben sie 500 Unterschriften gesammelt. Und Post-Ministerin Simonetta Sommaruga eingeschaltet.

„Es ist eine Frechheit“, sagt Luise Bürgler (78), und Schwägerin Elsy Föhn (89) doppelt nach: „Vier Poststellen gab es früher hier in der Gegend. Und jetzt wollen sie uns die letzte auch noch nehmen!“

Die beiden Frauen sitzen in der Stube von Elsy Föhns altem Bauernhaus. Es gibt Kaffee, Kuchen und Ärger. Viel Ärger. Über die Post-Spitze, die landauf landab Filialen zumacht und den Service public ausdünn.

Bis 2020 soll jede dritte Poststelle von der Schweizer Karte verschwinden. Jene in Muotathal steht ganz oben auf der „Todesliste“. Dabei sei die Filiale immer gut besucht, erzählt Luise Bürgler. „Zu jeder Uhrzeit ist da eine Schlange.“ Aber die Post-Chefs, „die wollen ja nur noch die Filetstücke“: die Geschäftsbereiche, die Millionen einbringen.

Deshalb sollen die 3600 Muotathalerinnen und Muotathaler ihre Briefe und Päckli künftig im kleinen Volg-Laden im Dorf abgeben. Starttermin: Januar 2021. So haben es Gemeinderat und Post abgemacht. Aber wie das dann genau funktioniert, wissen offenbar noch nicht einmal die Verantwortlichen. Bürgler erzählt: „Ich habe einen Gemeinderat gefragt: Du, wo soll da denn noch die Post hin? Da hat es jetzt schon kaum Platz. Und der meinte: ‚Das weiss ich auch nicht.‘“

Sauer auf Schwaller

Dass sie „ihre“ Post verlieren sollen, haben die Muotathalerinnen und Muotathaler Anfang Jahr aus der Zeitung erfahren. Bürgler erinnert sich: „Im Jassclub haben wir darüber gesprochen, dass wir uns wehren sollten.“ Nur hätten da alle gesagt: Wir können das doch sowieso nicht mehr verhindern.

Da haben Bürgler und Föhn eben selber angepackt. „Ich habe einen Brief an Bundesrätin Sommaruga geschrieben, und Luise hat in kürzester Zeit 500 Unterschriften gesammelt“, erzählt Elsy Föhn. „Und ja, mir chönned no“, sagt die bald 90jährige verschmitzt. Alter hin oder her.

Was die Post-Spitze da treibe, das mache sie einfach „verrückt“. Allen voran Post-Präsident Urs Schwaller, seit 2016 am Ruder, der Mann hinter dem grossen Abbau. „Schwaller muss weg“, findet Föhn. Und der neue Post-CEO, Roberto Cirillo (Jahreslohn: 540'000 Franken, plus Boni und Spesen), soll gleich mit. Föhn hat ihn kürzlich in der „Tagesschau“ gesehen, und: „Wie der geredet hat ... Die Post müsse den Gürtel enger schnallen ... Da gehe ich in die Luft!“

„Spott und Hohn“

Für Elsy Föhn ist klar: „Der Bundesrat muss endlich handeln!“ Einen zweiseitigen Brief, von Hand geschrieben, hat sie deshalb nach Bern geschickt. An Post-Ministerin Simonetta Sommaruga. Damit sie diesem „unheilvollen Tun“ endlich einen Riegel schiebt. Auch deshalb, weil der Bundesrat letztes Jahr entschieden hat: Eine Poststelle darf nur noch geschlossen werden, wenn alle Postangebote innert 20 Minuten zu Fuss oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind.

Föhn sagt: „Bei uns ist das nicht der Fall.“ Denn unbeschränkt Geld abheben und Bareinzahlungen machen: das wird in der geplanten Volg-Postagentur nicht gehen. Für letzteres müssen die Kundinnen und Kunden dann den Pöstler bestellen. Das heisst: An Tag eins anrufen, dass sie eine Bareinzahlung machen wollen. An Tag zwei auf den Pöstler warten, damit er das Geld mitnimmt. Und schliesslich, an Tag drei, bringt der die Quittung.

„Das ist doch Spott und Hohn!“ sagt Föhn ungläubig. Für sie liegt auf der Hand: Wer künftig eine richtige Poststelle braucht, muss nach Schwyz. Und das dauert eben nicht – wie vom Bundesrat beschlossen – 20 Minuten. Sondern bis zu einer halben Stunde, mit dem ÖV durch das kurvige Tal plus Fussweg – und das Ganze wieder retour.

Nationale Petition

Bundesrätin Sommaruga hat auf den Brief geantwortet, gleich zweimal. Die Schreiben liegen auf Föhns Stubentisch. Da steht: Auf das operative Geschäft der Post nehme der Bundesrat grundsätzlich keinen Einfluss. Aber: „Ich werde die Konzernleitung mit Nachdruck für dieses Anliegen sensibilisieren.“

Passiert ist bisher nichts. Doch die beiden Frauen lassen nicht nach. „Die Post gehört doch der Bevölkerung“, insistiert Föhn. Und schliesslich haben sie viel Unterstützung: Ganze 500 Unterschriften kamen im Dorf innert weniger Tage für die Poststellenrettung zusammen. „Alle haben noch so gerne unterschrieben“, erzählt Luise Bürgler. Alle, ausser SVP-Ständerat Peter Föhn. Er ist Bürglers direkter Nachbar. „Dem habe ich einmal zugerufen: He, Peter, unterschreibst du auch? Da sagte der doch einfach Nein.“ Aber, meint Bürgler: „Dem werde ich schon noch einmal die Meinung sagen!“

Hilfreicher als der SVP-Politiker ist dafür die Gewerkschaft Syndicom. Fred Föhn, der Sohn von Elsy Föhn, hat sie im Sommer eingeschaltet. Inzwischen gibt es eine nationale Petition gegen den schweizweiten Postabbau (www.meinepoststelle.ch). Ganz nach dem Vorbild der zwei Muotathalerinnen.

Sie wissen: „Die betroffenen Gemeinden müssen sich zusammentun.“ Und sowieso: Das Wichtigste sei, dass man sich überhaupt wehre. „Denn sonst können die von der Post oben einfach machen, was sie wollen.“

Elsy Föhn und Luise Bürgler machen weiter. Ihr Ziel ist klar: „Die Post bleibt!“ Und zwar nicht nur in Muotathal, sondern in allen Gemeinden.

Mega-Abbau: Hunderte Schalter sind schon dicht

1'320 Poststellen gab es 2016. Knapp 1'000 sind es heute. Und zwischen 800 und 900 sollen es Ende nächsten Jahres noch sein. So zumindest sah es die ursprüngliche Post-Strategie vor. Für eines der grössten Abbauprojekte im Service public, das gerade unzählige Gemeinden durchschüttelt. Und dabei bleibt es wohl nicht. David Roth von der Gewerkschaft Syndicom warnt: „Wenn der Bund die Post nicht aufhält, könnte der Abbau danach im gleichen Tempo weitergehen.“ Viel übrig bliebe dann nicht mehr.

Sofort stoppen

Die Post argumentiert: Wo eine Filiale geschlossen werde, gebe es eine andere Post-Lösung. Etwa mit Angeboten in Dorfläden. Doch der Widerstand steigt: Schon sieben Kantone haben in Bundesbern interveniert. Eine Standesinitiative aus dem Jura verlangt, dass sich die Bevölkerung endlich wehren und Schliessungen oder Verlegungen von Poststellen anfechten könne. Das Parlament wird Mitte 2020 darüber debattieren. Für viele Gemeinden ist das aber viel zu spät. Für Gewerkschafter Roth ist deshalb klar: „Der Schliessungsprozess muss jetzt unbedingt ausgesetzt werden.“ Der Bundesrat hat es in der Hand: Er kann einen sofortigen Stopp verhängen.

Patricia D'Incau.

Work online, 13.9.2019.

Personen > D'Incau Patricia. Poststellen. Betriebsschliessung. Work online, 2019-03-13